

Bedenken persönlich vorgetragen

ABTORF-PLÄNE Kreis und Gemeinde weisen Ministerin auf negative Folgen hin

Die Flächen in Benthullen werden von den Landwirten benötigt. Das Landesraumordnungsprogramm dürfe daran nicht rütteln, sind sich Kreis, Landvolk und Gemeinde einig.

VON WERNER FADEMRECHT

WARDENBURG – Auf offene Ohren bei Landwirtschaftsministerin Astrid Grotelüschen (CDU) glauben Vertreter des Landkreises Oldenburg, der Gemeinde Wardenburg und des Kreislandvolks am Donnerstag gestoßen zu sein. Gemeinsam setzten sie sich bei einem Besuch in Hannover ausdrücklich gegen Pläne ein, den Torfabbau im Landkreis Oldenburg auszuweiten. Speziell Benthullen wäre von einer möglichen Änderung des Landesraumordnungsprogramms erheblich betroffen. Die Gemeinde Wardenburg war vertreten durch Bürgermeisterin Martina Noske und den Vorsit-



Trafen sich in Hannover: Detlef Sonnenberg, Christian Dürr, Ministeriumsmitarbeiter Wittenberger, Eva-Maria Langfermann,

Ansgar Focke, Georg Grotelüschen, Astrid Grotelüschen, Martina Noske und Bernhard Wolff (von links). BILD: LANDTAG

zenden des Planungsausschusses Detlef Sonnenberg, die Kreisverwaltung durch die Leiterin des Amtes für Naturschutz und Landschaftspflege, Eva-Maria Langfermann, das Kreislandvolk durch Geschäftsführer Bernhard Wolff und den Ortslandvolkvorsitzenden Georg Grotelüschen. Am Treffen nahmen auch die

Landtagsabgeordneten Ansgar Focke (CDU) und Christian Dürr (FDP) teil.

„Die Ministerin war sehr aufmerksam und steckt offensichtlich im Thema drin“, schildert Noske ihren Eindruck vom Treffen mit Grotelüschen. Alle Beteiligten hätten viele gute Argumente gegen ein Ausweiten des Torf-

abbaus in der Region um Benthullen genannt. Dies werde zusätzlich auch noch in schriftlicher Form geschehen. Bis Anfang 2011 läuft die Abwägung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange zur Änderung des Raumordnungsprogramms. Die Gemeinde Wardenburg wird am 2. Dezember im Planungsausschuss weiter öffentlich über das Thema beraten.

Für den Landkreis hob Landrat Frank Eger am Donnerstag gegenüber der *NWZ* hervor, der gemeinsame Besuch im Ministerium habe signalisiert, dass ein Ausbau des Abtorfungsgebiets in Wardenburg nicht vertretbar sei. Viele Landwirte wären davon betroffen. „Sie haben schon unter vielen Restriktionen zu leiden, da muss man ihnen nicht auch noch die Flächen wegnehmen.“ Das Land habe jetzt gute Argumente, seinen bisherigen Standpunkt zu überdenken. „Der Kreis wird sich ansonsten rechtliche Schritte vorbehalten“, so Eger.